

Wahlprüfsteine

1. Rüstungsexportpolitik (aus Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel)

Frage 1

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

Das Grundgesetz schreibt in Artikel 26 (2) vor: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Ein komplettes Exportverbot (z.B. auch innerhalb der EU oder an unsere NATO-Partner) halte ich nicht für sinnvoll, weil wir Rüstungswirtschaft auch für den Erhalt unserer Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit brauchen. Ich setze mich aber nachdrücklich für die Eindämmung von Rüstungsexporten ein. Die SPD hat schon in der laufenden Wahlperiode die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat.

Ein generelles Exportverbot von Waffen, im Grundgesetz verankert, wird im deutschen Parlament auf absehbare Zeit keine Mehrheit finden.

Frage 2

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontroll-Gesetz zusammengeführt werden?

Ein solches einheitliches Gesetz halte ich für sehr sinnvoll. Ich trete auch dafür ein, auf der Ebene der EU Rüstungsexporte zu begrenzen und eine einheitliche, restriktive Rüstungsexportpolitik in Europa zu etablieren.

Frage 3

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

Ich fordere ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexports in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern. Kleinwaffen gehören auch zur Polizeiausrüstung. An unsere Bündnispartner sollten wir sie deshalb weiter exportieren können.

Frage 4

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

Dort, wo es Exportverbote gibt, können natürlich auch keine Lizenzvergaben zur Produktion vor Ort und zur Weiterverbreitung von Kriegswaffen möglich sein.

Frage 5

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Bei den Parteitag in Augsburg (2013) und Berlin (2015) lagen Anträge vor, die ein solches Verbot von Bürgschaften fordern. Über die Anträge wurde aber nicht abgestimmt. Darum gibt es dazu keine eindeutige Beschlusslage der SPD. Ich selbst halte ein solches Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Kriegswaffenexport für eine sinnvolle Maßnahme. In einem ersten Schritt sollten solche Bürgschaften explizit im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung ausgewiesen werden.